



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Meyer, Rudolph: Die Börsenkrisis : 2. Die Krisis in Österreich

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die Börsenkrisis

### 2. Die Krisis in Osterreich



Die Bank- und Finanzleute strebten in Osterreich-Ungarn schon lange darnach, das Beispiel, das Deutschland durch Einföhrung der Goldwährung gegeben hatte, nachgeahmt zu sehen. Sie beherrschen den größten Teil der Presse und haben auch sonst noch viel Einfluß. Ein langer Friede und der Fleiß der Bevölkerung hob den Landeskredit, die Papierguldennoten stiegen und erreichten 1879 den vollen Silberguldenwert. Da erklärte das Münzamt, daß es, aus Mangel an genügenden Prägestöcken, vorläufig die gesetzliche freie Silberprägung für Private einstelle. Sie wurde nie wieder gestattet. Die Sache ist nur einmal kurz darauf in einer Kommission erwähnt worden. Depretis, Dunajewski und Steinbach folgten einander bis 1892 als Finanzminister. Keiner von ihnen, auch der Budgetreferent nicht, sprach je von der unerhörten Thatfache, daß ohne ein Gesetz das ganze österreichische Münzwesen auf den Kopf gestellt war. Allmählich beschränkten auch die Regierungen von Osterreich und Ungarn die Silberausprägung für eigne Rechnung, daher wuchs die Goldmenge nicht so schnell wie der Bedarf darnach, die Papiergulden erhielten dadurch einen Seltenheitswert und galten mehr als den Metallwert des Silberguldens. Die Anweisung auf  $\frac{1}{90}$  Kilo Silber war mehr wert als  $\frac{1}{90}$  Kilo Silber! Nun war der Augenblick gekommen, zur Goldwährung überzugehen. Steinbach, der letzte Finanzminister Taaffes, einigte sich mit den Ungarn und brachte 1892 eine erste Gesetzesvorlage durch, im Frühjahr 1894 Plener das zweite Goldwährungsgesetz.

Als England 1818 die Goldwährung gesetzlich einföhrte, hatte sie tatsächlich schon über hundert Jahre bestanden, und alle großen Zahlungen wurden nur in Gold gemacht, und als Deutschland 1873 dazu überging, schwamm es in französischem Golde. Osterreich hatte keins und mußte das erforderliche leihen. Das aber kostet Provisionen und Zinsen. Steinbach hatte den genialen Gedanken, das dazu nötige Geld durch Konvertirung, durch Herabsetzung des Zinsfußes der österreichischen Staatspapiere, zu ersparen. Das war ver-teufelt einfach, und durchgeföhrt ist es ja, wenn es nur nicht eine so schauder-

hafte Folge gehabt hätte, den Krach des November 1895. Denn das und nur das ist die eigentliche Ursache des österreichisch-ungarischen Krachs.

Ein großes Konsortium übernahm die Konvertirung 5- und 4 $\frac{1}{2}$  prozentiger österreichischer Fonds in 4prozentige Kronenrente. Es hatte schon früher unter der Hand und ehe der Konvertirungsplan bekannt war, große Summen alter Fonds angekauft und wollte natürlich daran verdienen. Bei erniedrigtem Zinsfuß ein höherer Kurs, das war ein Widerspruch. Dennoch trieb das Konsortium den Kurs der neuen Kronenrente, die Hauffe begann. Damals war es mit den australischen und andern „exotischen“ Fonds noch nicht zum Krach gekommen, sie genossen noch Vertrauen und brachten mehr Zinsen als die nur 4prozentige österreichische Kronenrente. Die alten österreichischen Fonds waren meist im Auslande bei Rentiers fest als Anlagepapiere untergebracht, wie man sagt „klassirt.“ Diese Rentiers verkauften nun die neukonvertirte Kronenrente, deren gestiegener Kurs lockte, und kauften von dem Erlös höher verzinsliche Argentinier, Mexikaner und dergleichen. Die kaum entstandne Kronenrente strömte also zu vielen Millionen nach Oesterreich zurück und mußte größtenteils vom Konsortium übernommen und mit Gold bezahlt werden, das ins Ausland abfloß. Nun wurde Gold gesucht, wurde also teuer, d. h. das österreichische Geld oder die Valuta fiel im Kurs. Im Dezember 1892 hatte man wieder ein Agio in Oesterreich, das allmählich bis auf 5 Prozent stieg — so hoch wie damals in Italien. Das Vertrauen auf die neue österreichische Valuta, die Goldwährung versprach, aber vorläufig noch in Papier oder in 50 bis 55 Prozent unterwertigen Silbergulden oder Kronen bestand, war erschüttert.

Das Konsortium aber war mächtig und ließ den Kronenrentenkurs nicht sinken. Jetzt kamen ihr auch der österreichische und der ungarische Finanzminister zu Hilfe. Das war nicht neu. Auch Dunajewski hatte der Börse große Summen aus den Kassenbeständen zur Verfügung gestellt, um den Kurs der von ihm ausgegebenen sogenannten Märzrente zu treiben. Dasselbe that nun Steinbach und sein ungarischer Kollege, und es scheint diese Staatshilfe für die Börse in Oesterreich wenigstens bis Ende des Koalitionsministeriums fortgedauert zu haben, in Ungarn geschieht es noch heute; im Mai 1893 bereits sollen die Regierungen den Banken von Wien und Pest zusammen fünf- undfünfzig Millionen Gulden zu sehr niedrigem Zins geliehen haben, im Juni sogar die königlich preussische Seehandlung, und auch die österreichische Postsparkasse kaufte Rente, „um den Markt zu erleichtern.“ Das Konsortium, gestützt auf die Hilfe der beiden Regierungen, kämpfte nun gegen das, was es in der Börsenpresse die Kontremine oder organisirte Baissепartei nannte, und was doch in der Hauptsache das Publikum kleiner und größerer deutscher Rentiers war, die „Stücke abgaben“ und Gold verlangten. Doch bestand damals wirklich eine Baissепartei in Berlin, geschart, wenn ich recht berichtet

bin, um die alte früher Brest und Gelpfesche Bank. Da die Baiffe weiter verkaufte, so fiel im Frühjahr die Kronenrente ein wenig unter den Kurs, zu dem sie zuerst an die Börse gebracht worden war, unter 97 Prozent.

Bank-, Transport- und Industrieaktien waren noch höher getrieben worden als die Staatspapiere, so das leitende Spekulationspapier der österreichischen Börsen, die Kreditaktie, von 292 Gulden (mit 160 Gulden eingezahlt) auf 359 Gulden im Frühjahr 1893. Der Rückgang geschah im folgenden Sommer auf der ganzen Linie, „Kredit“ fiel auf 330, und der Report, der Zins für Prolongation verpfändeter Wertpapiere, stieg Ende August 1893 auf 8 Prozent.

Da kam der Wiener Hauffe der Krach einer ganzen Anzahl „exotischer“ Anlagen zu Hilfe. Es fielen gewaltig Argentinier, Mexikaner, Australier, Portugiesen, Griechen, Serben, Spanier, nordamerikanische Eisenbahnfonds und Ende des Jahres 1893 auch noch die Italiener, deren Zinsen um  $6\frac{3}{4}$  Prozent reduziert wurden. Zwar wirkte der Schreck anfangs auch erniedrigend auf den Kurs österreichischer Staatspapiere und Aktien, aber bald suchten sich die erschreckten Rentiers in Frankreich, Deutschland und Österreich der „exotischen“ Papiere zu entledigen und waren nun mit europäischen Staatspapieren mit niedriger Verzinsung zufrieden.

Diese Gunst der Umstände benutzte die Wiener Hauffepartei sehr geschickt. Sie gewann den Pariser Markt für österreichisch-ungarische Renten in großem Umfange und eroberte siegreich Berlin, wo, wie gesagt, eine organisirte Kontremine oder Baiffepartei bestand. Diese hatte die gesunde Vernunft für sich: der Kurs, auf den die österreichisch-ungarischen Fonds aller Art getrieben wurden, war ersichtlich zu hoch, namentlich für Dividendenpapiere, die stets niedriger gehandelt worden sind als Fonds mit fester Verzinsung. Aber die Berliner Kontremine hatte erstens die Umstände gegen sich, die bewirkten, daß sich das Kapital aus überseeischen oder Halbinselanlagen (Griechen, Portugiesen usw.) in österreichische und deutsche Anlagen flüchtete, und zweitens die vereinte Macht der europäischen Haute Finance in Wien, Paris, London und sogar in Berlin selbst, wo die Diskontogesellschaft und das Bankhaus Bleichröder zur Rothschildgruppe gehören. Sie wurde in wiederholten Monatsregulirungen geschlagen und erlitt ungeheure Verluste, bis zur vollen finanziellen Erschöpfung ihrer Leiter. Da mußte sie sich ergeben, und seitdem giebt es keine Baiffepartei auf dem Kontinent, trotz der Behauptung des jetzigen Finanzministers v. Bilinski im Wiener Reichstage. Das war aber ein großes Unglück, denn nun konnte die Hauffe die Kurse widerstandslos und unvernünftig in die Höhe treiben.

Und sie that es. Sie wollte aber nicht bloß hohe Kurse haben, um an ihnen zu verdienen, sondern auch die Unmasse von Fonds aller Art, die sie in der Kampfzeit um die Wende von 1892/93 hatte aufkaufen müssen, an das kleine Publikum absetzen oder es doch mit dem Risiko dafür belasten. Ganz irrig ist die Behauptung der Kreuzzeitung vom 12. November: „Der eigent-

liche Hauffeschwindel ist gegen den Willen der großen Banken aufgeschossen, vornehmlich auf dem abseits der Börse ohne Zuthun der Banken so üppig gediehenen Goldminenaaktien in London, Paris und Wien. In diesem Falle sind aber die Schuldigen die kleinern Börsenmenschen, die teils für eigne Rechnung, meist aber für Rechnung der schlau herbeigelockten Kundschaft das Hauffe treiben fortsetzten."

An der Wiener Börse haben sich äußerst wenig Personen an dem Minenschwindel beteiligt, die Masse des an der Börse spielenden Publikums so gut wie gar nicht, und in Berlin ist es fast ebenso gewesen. Und die „kleinen Börsenmenschen,“ Wechsel- und Winkelstuben- und Komtoirbesitzer sind einfach Agenten der großen Banken gewesen. Sie konnten ohne deren tägliche Unterstützung gar nicht aufkommen und sind zahlreich zu Grunde gegangen, als ihnen diese am 9. November plötzlich den weitem Kredit versagten. Sie sind alle die Geschöpfe und nun teilweise die Opfer der großen Banken, und diese allein tragen die Schuld an der wilden Spekulation. Eine „epidemische Krankheit, eine moralische Verirrung von ansteckender Kraft, das Spielfieber,“ nennt die Kreuzzeitung das, was vorging, sie wälzt damit von den Ansteckern, den Verführern, die Schuld auf die Angesteckten und Verlockten ab. Das ist an sich schon ein höchst ernstes Zeichen der Zeit, das Hauptblatt der Konservativen als Advokat der Großfinanz! Das war doch früher nicht so. So weit ist man auch in Osterreich noch nicht gekommen. Der Leitartikler der Kreuzzeitung weiß auch augenscheinlich nicht, daß dieser Stab von Zuträubern und Winkelagenten den großen Bankiers noch nicht genügte. Einige stiegen selbst zum „kleinen Mann“ herab, um ihn zu erleichtern. Sie richteten „Parteienbüreaus,“ förmliche Börsenkomtoirs mit Börsenspielkundschaft ein. Diese genossen natürlich mehr Vertrauen als der Rat von kleinen Wechselstubenbesitzern, verführten also erfolgreicher. Wenn sie sich begnügt hätten, den Komtoirbesitzern und dem Publikum die Papiere, die sie mit Gewinn loswerden wollten, gegen Vollzahlung zu verkaufen, so konnte sie niemand vor gewissen Verlusten retten, wenn die Papiere nachher fielen, aber sie konnten nie ihr ganzes Vermögen dabei verlieren. Wer eine Buschtirader Aktie im September für 1680 Gulden kaufte, würde heute 100 Gulden verloren haben; das wäre schmerzlich, aber nicht ruinös, er behielte doch noch 1580 Gulden. Nein, sie verkauften die Fonds gegen eine sehr geringe Anzahlung, sie sollen sich mit 15 bis 20 Prozent Anzahlung begnügt haben. Die drei großen Papiere, deren Schickal bezeichnend für alle andern ist, Ungarischer und Osterreichischer Kredit und Staatsbahn, sind seit Beginn der Hauffe, von Frühjahr 1892 bis zum Sommer 1895, um 50 Prozent ihres damaligen Kurswerts gestiegen, auf das zweiundeinhalbfache ihrer ursprünglichen Einzahlung, und sind von da bis zum 9. November, zum „schwarzen Samstag,“ nur um etwa 25 Prozent ihres Kurzes von 1892 gefallen, d. h. nur der halbe Kursgewinn der letzten

drei Jahre ist verloren gegangen. Der Leser möge nun berechnen, wie es einem „kleinen Manne“ an der Börse ergangen ist: er nahm z. B. sein ganzes für Spielzwecke verfügbares Kapital und kaufte solche Aktien, die er für gut hielt, soviel als er bei 20 Prozent Anzahlung bezahlen konnte. Den Rest blieb er dem Wechselkomtoirbesitzer schuldig, ließ ihm die „Stücke“ in Pfand, und der verpfändete sie wieder weiter an eine große Bank. Sobald die Aktien um 10 Prozent gestiegen waren, verkaufte der Besitzer und kaufte mit dem nun um 50 Prozent vergrößerten eignen Kapital soviel mehr von denselben Aktien, als er bei 20 Prozent Anzahlung erwarten konnte, und das jedesmal, sowie der Kurs um weitere 10 Prozent stieg. Nun hatte er rechnungsmäßig sein ursprüngliches Kapital verfünffacht, sowie seine Aktien um 50 Prozent im Kurse gestiegen waren. Da fracht es, die Aktien verlieren zwar nur die Hälfte des inzwischen gemachten Kursgewinns, und doch hat der kleine Kapitalist alles verloren. Ja sogar, wenn sie nur ein Viertel des erwähnten Gewinns verloren hätten, war er doch ruiniert, denn die große Bank hätte nun soviel Nachzahlung verlangt, daß wieder mindestens 20 Prozent des reduzierten Kurswerts gedeckt waren. Der „kleine Mann“ hätte aber nicht nachzahlen können, die Aktien wären exekutorisch verkauft worden, natürlich zu Schleuderpreisen, der „kleine Mann“ hätte auch in diesem Falle sein ganzes Kapital verloren. In der Regel ist es noch schlimmer gewesen. Die Banken haben eine Erhöhung des Prozentsatzes der eignen Einlage vom „Kunden“ verlangt, und wenn er, wie gewöhnlich, nicht zahlen konnte, haben sie sehr oft mit ihm bloß „abgerechnet,“ d. h. sie haben die früher geleisteten Zuschüsse und die „in Kost genommenen“ Stücke behalten, und dabei ist der Kunde oft noch ihr persönlich haftbarer Schuldner geblieben. Man nennt das „Geschäfte in sich“ machen. Die durch alle Künste einer gut bezahlten Presse, der Agenten und Schlepper herbeigelockten „Kleinen“ waren überdies schon vorher finanziell geschwächt. Bei den monatlichen Prolongationen, oft auf kurze Fristen, stiegen seit dem Sommer 1895 die Zinsen, die die Banken für die Vorstreckung von Geld auf Aktien „im Report“ nahmen. Am Reportgeschäft ist seit Jahren viel von den Banken verdient worden, denn der „Reportsatz,“ wie man die Zinsen aus diesem Vorschußgeschäft auf Wertpapiere nennt, war immer bedeutend höher als der Diskont der Oesterreichisch-Ungarischen Bank und viel höher als der der Berliner und der Pariser Bank, aus denen die großen Wiener Banken Geld entlehnten; dazu kamen sehr niedrig verzinsliche Regierungsgelder, die den großen Banken auch oft zuflossen, sodaß man annehmen kann, die großen Banken haben durchschnittlich nicht mehr als  $2\frac{1}{2}$  bis 3 Prozent gezahlt und das so geliehene Geld mindestens doppelt so hoch im Report genutzt. Vor fast zwei Jahren schon soll die Kreditanstalt allein etwa vierzig Millionen Gulden, ungefähr den Betrag ihres ganzen Grundkapitals, im Report angelegt gehabt haben. Diese Reportsätze stiegen in letzter Zeit bedenklich, besonders seit Anfang

Oktober; Ende Oktober erreichten sie schon die Höhe von 12 bis 14 Prozent für die sehr „feinen“ Ungarischen Kreditaktien — einen Zinsfuß wie zu Kriegszeiten. Da die Reportsätze einzig von den großen Banken abhängen, so konnte man sehen, daß diese eine Krisis entweder kommen sahen oder herbeiführen wollten. Wie genau sie es wußten, daß die Krisis kommen würde, geht auch daraus hervor, daß einige der größten Banken des Kontinents sich verschmolzen, andre ihr Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien bedeutend erhöhten, um bei Ausbruch des Krachs „liquid“ zu sein.

Zu diesen allgemeinen, aus der Konversion und aus Valutagoldanleihen Österreich-Ungarns herrührenden Ursachen der Krisis giebt es noch eine weitere, speziell ungarische. In Ungarn hat man in den letzten drei Jahren viel neue und sehr große Fabriken gebaut und durch langjährige Steuerprivilegien gefördert, die nun in diesem volkswirtschaftlich „neuen“ Lande meist nichts abwerfen. Hierbei ist auch viel deutsches Kapital gefährdet, namentlich in Zuckerrfabriken, die große deutsche Bankhäuser dort gegründet haben. Dazu kommt in Pest, Prag und andern Städten ein großartiger Bauschwindel. Krachstoff ist also genug vorhanden, auch ohne Goldaktien. Warnungen lagen auch vor.

Für Österreich-Ungarn trifft die jetzt hie und da aufgestellte Behauptung nicht zu, die niedrigen Preise der Produkte hätten die Produktion eingeschränkt, neue Unternehmungen seien nicht begründet worden, und dadurch sei viel Kapital für die Spekulation an der Börse „frei“ geworden, ihr von Privatleuten aufgedrungen worden. Man hat es vielmehr durch vorgespiegelten schnellen Kursgewinn an die Börse gelockt.

Die Börsenpresse Deutschlands hat nun der deutschen Reichsbank vorgeworfen, daß sie den Diskont nicht früher, etwa Ende des Sommers, erhöht habe, um das Publikum zu warnen. Darüber ist die Kreuzzeitung vom 12. November empört. Sie sagt: „Diese verdrehte Logik kann man wohl auf Rechnung der Nervenerschütterung vom Sonnabend setzen. Seit wann hat die Reichsbank die Aufgabe, die Spekulation zu bemuttern?“ Antwort: Seit sie besteht! Die Liberalen und die Konservativen haben früher der Notenbank eine regulirende Zinsfußpolitik zugestanden; der Unterschied bestand nur darin, daß die Liberalen eine Privataktien-, die Konservativen eine Staatsbank verlangten. Ich habe im vorigen Artikel Margens Prophezeiung des Krachs vom Januar 1873 mitgeteilt. Damals lasen die Staatsanwälte noch nicht und die Staatsmänner noch die wichtigern neuen sozialdemokratischen Drucksachen, und von Wagener weiß ich, von Lothar Bucher nehme ich als sicher an, daß sie beide früh genug die Ansicht von Marx kannten, und bei der engen Verbindung, in der Bucher zu Bismarck und zum Hause Hansemann stand, ist diese Prophezeiung zweifellos zur Kenntnis der maßgebendsten Finanzkreise Berlins gekommen. Ich will hiermit Bucher nicht etwa verdächtigen. Wenn er Hansemann gewarnt haben sollte, war es eine verständige Handlung.

Mit diesem war er etwa 1867 oder 1868 durch Rodbertus in Verbindung gebracht worden in einer Weise, die allen dreien nur Ehre machen konnte.

Endlich griff denn auch der deutsche Reichsbankdirektor, Herr v. Dechend, ein. Schon im September 1872 erhöhte er den Bankdiskont. Trotzdem schöpften die Wiener Gründer in Berlin und entnahmen der deutschen Reichsbank bis fünfzig Millionen Thaler auf „Rittwechsel.“ Nun wies die Bank im Dezember alle Wechsel zurück, denen „kein legitimes Geschäft zu Grunde lag,“ auch von ersten Häusern. Hierüber interpellirte Herr v. Benda die Regierung im Abgeordnetenhaus, und es wurde ein solcher Druck auf Herrn v. Dechend ausgeübt, daß er die Breslauer Filiale anwies, wieder Gründerwechsel anzunehmen! Der damalige Bankpräsident hat also die Spekulation „bemuttert,“ soweit er durfte, und das ist ihm später hoch angerechnet worden.

Die preussische Regierung war kurzsichtiger. Der Finanzminister Camphausen ließ der Diskontogesellschaft drei Millionen Thaler zu  $2\frac{3}{4}$  Prozent, und die königlich preussische Seehandlung diskontirte große Summen; endlich kaufte seit dem 1. Februar 1873 die Regierung großen Banken für den Invalidenfonds fast für hundert Millionen Thaler Eisenbahnpapiere ab. Die unseelige Hauffe dauerte dank der Staatsunterstützung also fort, aber am 9. Mai 1873 kam der „große Krach.“ Dies war das erste mal, daß in Deutschland die Börse aus Staatsmitteln in großem Maße unterstützt wurde.

Die deutsche Reichsbank hat vor dem jetzigen Krach leider nicht gewarnt, aber die englische ist, wenn auch spät, eingeschritten. Sie that im Oktober 1895 daselbe, was Herr v. Dechend im Dezember 1872 gethan hat. Sie wies etwa zweihundert Millionen Franks französische „Finanzwechsel“ allererster Häuser einfach vom Eskompte zurück. Sie hat den Krach in Paris verschärft, aber in London gemildert, daher werden auch von dort fast gar keine Zahlungseinstellungen gemeldet. Warum haben die Reichsbank und die Osterreichisch-Ungarische Bank nicht im Sommer 1895 gethan, was Dechend 1872 that?

Die Kreuzzeitung verteidigt endlich noch die großen Banken gegen den Vorwurf, daß sie am 9. November nicht „intervenirt,“ nicht kaufend eingegriffen hätten. Sie hätten sich nicht so schnell verständigen können und würden es wohl am Sonntag (10. November) gethan haben, meint das Blatt. Beides ist falsch. Sie wußten recht gut, daß die Krisis nicht fern war, als sie ihr Grundkapital verstärkten und sich bei Prolongationen riesige Wucherzinsen zahlen ließen. Sie konnten sich also rechtzeitig verabreden, wie sie den Krach mildern könnten, wenn er hereinbräche. Aber konnte das ihre Absicht sein? Herr Scharf, ein Wiener Journalist und, die Kreuzzeitung wolle mir verzeihen: ein Jude, aber ein Mann, der die Börse kennt, sagte am 11. November: „Sede solche Börsenkrisis, wie die jüngst erlebte, ist für die Banken die Zeit des großen Schnitts.“ Wer hat Recht?

Sie haben auch nachher nicht sonderlich eingegriffen. Zwar halfen sie

einer Wechselstubenfirma ein wenig bei ihrer Liquidation ohne Risiko für sich und so, daß die Familie des Bankerottirers 200 000 Gulden opferte, und die Gläubiger nur 30 Prozent erhielten. Es hieß, sie thäten es, damit nicht ein neuer Krach entstände, wenn für fünf Millionen Wertpapiere zwangsweise verkauft würden. Sehr edel, aber als kurz vorher ein Großspekulant sich selbst mit zwanzig Millionen exekutirte, d. h. für soviel Wertpapiere öffentlich an die Meistbietenden verkaufen ließ, traten sie nicht als Bieter und Käufer auf. Inzwischen verlautete, daß dieser Wechselstubenbesitzer eine gar feine Kundschaft, einen Finanzmagnaten in hoher Vertrauensstellung bei großen Instituten, oder gar mehrere solche gehabt habe, deren Beziehungen zu dem Zwischenhändler die großen Banken nicht gern der Öffentlichkeit preisgeben wollten. Schließlich kamen doch einige Millionen Ultimoeffekten zum Zwangsverkauf.

Ob dies richtig oder falsch ist, soviel ist sicher, daß die großen Banken sehr wenig interveniren und unter durchaus leoninischen Bedingungen — der Report stieg sogar bis auf 18 Prozent —, daß auch, nach kurzer Erholung, die Kurse weiter fallen. Das ist auch ganz in der Ordnung. Bei den kriegerischen Aussichten und niedrigen Preisen, die wir, in Oesterreich-Ungarn wenigstens, der Goldwährung leider verdanken, sind die industriellen Unternehmungen Ungarns gewiß nicht soviel wert, als sie vor Beginn der österreichisch-ungarischen Goldanleihen und Umwandlung 4 $\frac{1}{2}$ - und 5prozentiger Staatspapiere in 4prozentige, also vor vier Jahren waren, und doch stehen ihre Aktien noch  $\frac{1}{4}$  bis  $\frac{1}{3}$  höher als damals. Die Liquidation ist also noch keineswegs beendet, und eine neue Kriegsdrohung würde eine Wiederholung des „schwarzen Sonnabends“ zur Folge haben. Sicher ist aber, daß die großen Banken den Krieg fürchten und auch dem Krach vorläufig Einhalt thun möchten, womöglich gern eine kleine Hauffe entstehen sähen. Sie sind übervoll beladen mit Effekten und möchten diese natürlich mit kleinem Profit oder doch mit geringem Verlust dem mißtrauischen Privatpublikum verkaufen, sobald dieses wieder etwas zu Kräften gekommen sein wird. Sie wünschen auch ein Steigen der Kurse, weil der Kurs des 31. Dezember in jene Bilanz oder den Jahresabschluß eingefetzt werden muß, den sie der Gewinn- oder Verlustberechnung für das Jahr 1895 zu Grunde legen müssen. Sind dann die Kurse noch so niedrig wie jetzt, oder sogar niedriger, so würde sich bei dieser oder jener Bank ein Verlust rechnungsmäßig ergeben, und sie würde keine Dividende an ihre Aktionäre verteilen können. Deshalb suchen auch die Banken so wenig Aktien wie möglich selbst zu erwerben, sie beleihen darum seit Ende November die verpfändeten Aktien höher, so z. B. Kreditaktien, die 367 standen, mit 345, Staatsbahnaktien, deren Kurs 355 stand, mit 330 Gulden, sodaß also der verpfändende Besitzer nur 7 Prozent des Kurswertes dieser Aktien besaß. Auch wurde der Abrechnungskurs für solche Wertpapiere, die am 30. November bezahlt werden mußten, zum Durchschnittskurs der Papiere im November und nicht zu dem des

Lieferungstages von der dazu eingesetzten Börsenkommission festgesetzt, was kaum gesetzlich sein dürfte. Dadurch ist der Kurs bei Lieferungsgechäften vier bis sechs Gulden pro Aktie höher gewesen als der, der wirklich bei freiem Verkauf am 30. November erzielt worden wäre. Die Kreuzzeitung nennt dies Verfahren mit Recht eine „Revolution an der Wiener Börse.“ Die Summen, die sie den Scheinbesitzern der verpfändeten Wertpapiere geliehen haben, können sie voll in ihren Jahresabschluß setzen, selbst wenn die Aktien schon unter die Beleihungsgrenze gefallen wären. Soweit von den Banken.

Es bleiben noch die Regierungen. Die ungarische Regierung hat, wie gesagt, die Banken bis jetzt mit dem Bestand der Kassenvorräte versorgt. Die französischen Regierungen haben seit fünfundsechzig Jahren die Banken stets in solchen Fällen unterstützt, aber gerade von der jetzigen radikalen und etwas sozialistischen bezweifeln wir es, wir zweifeln auch, daß es die preußische Regierung jetzt thut, obwohl es österreichische Blätter behauptet haben, um dem Herrn v. Bilinski einen Vorwurf daraus zu machen, daß er es nicht auch that. Denn der jetzige österreichische Finanzminister hat im Reichstage erklärt, daß er der Börse die Staatskassen nicht öffne. Darob große Entrüstung der Börsenpresse. Die Neue Freie Presse vom 27. Oktober zürnt: „Der Finanzminister sagte, er wäre nicht berufen, sein Geld der Börse zu geben, um direkt für die Herabsetzung des Zinsfußes im Kostgeschäfte zu wirken. Aber hochgeehrte Exzellenz! Warum denn gar so stolz? Die Vorgänger waren viel liebenswürdiger. Wenn Herr v. Dunajewski seine Märzrente teuer anbringen wollte, griff er tief in die Tasche, fütterte die Börse mit Geld und hatte keineswegs eine so geringschätzige Auffassung von seinem Berufe, den Zinsfuß an der Börse zu drücken. Als Herr Dr. Steinbach seine großen Konversionen durchführte, war er geschickt genug, nicht den keuschen Joseph zu spielen, sondern bemühte sich nach Kräften, aus seinen Beständen soviel Geld als möglich in den Verkehr zu bringen. . . . Und glaubt Herr v. Bilinski, daß der Umfang der Spekulation, über den er jammert, überhaupt so groß geworden wäre ohne die bedeutenden Summen, die die beiden Regierungen früher dem Markte zur Verfügung gestellt hatten? Der Verkehr hat mit diesem Vorrate gerechnet, sich ihm angepaßt.“

Mit vollem Recht werden die frühern Regierungen jetzt vom Börsenorgan angeklagt, die wilde Spekulationsjucht genährt zu haben — natürlich hatte das Blatt damals nichts dagegen. Aber es fordert als einen Gebrauch, der wegen langer Dauer fast zum Recht wurde, daß das die Regierung immer thue! Das heißt, die Regierung soll von den Untertanen, die bei den niedrigen Produktenpreisen so leiden, daß sich manche das Geld zur Steuerzahlung zu mindestens 7 Prozent borgen müssen, mehr Steuern erheben, als der Staatsbedarf erfordert, und dann große Summen davon der Österreichisch-Ungarischen Bank zinslos, den andern Banken zu 2 bis 2½ Prozent leihen, wenn diese das Geld zur Hauffe oder zur Aufrechterhaltung von Hauffepositionen braucht.

Der Staat soll das Volk zur Förderung offenbaren Börsenschwindels besteuern! Ob v. Bilinski das auf die Dauer wird ablehnen können, oder ob er das Schicksal des Herrn v. Dechend erdulden wird? Läßlich und richtig ist jedenfalls sein Vorsatz.

Wien

Rudolph Meyer



## Litterarische Industrie



Die großen Industrieausstellungen bieten bei ihrem atemlosen Wettlauf alles erdenkliche auf, um dem herkömmlichen Namen Weltausstellung zu genügen. Sie sind unerschöpflich im Aufspüren von Arten der Thätigkeit, die eigentlich nicht zu den industriellen gerechnet werden können, und deren Wesen oft gar nicht ausstellungsfähig ist. Desto auffallender ist es, daß eine wirkliche, im vollen Sinne moderne Industrie bisher gar keine oder doch keine ihrer Bedeutung entsprechende Berücksichtigung gefunden hat: die litterarische. Vor allem interessant würde eine rückblickende geschichtliche Darstellung der Art der litterarischen Produktion sein, namentlich des Zeitungswesens. Wohl hat man hie und da Zeitungen zur Schau gestellt, die dem Publikum den Genuß gewährten, Vergleiche anzustellen zwischen den kleinen, selten erschienenen Blättchen mit wenigen, sehr verspätet gebrachten Nachrichten usw. und riesigen Morgen-, Mittags- und Abendsausgaben mit ihren zahllosen Telegrammen aus allen Weltwinkeln usw. Doch damit wird nur äußerliches berührt, höchstens vergewärtigt, wann die Zeitungsindustrie entstanden ist, aber nicht, wie sie es im Wettbewerb so herrlich weit gebracht hat. Wir wollen hier nicht ein Programm für eine solche Ausstellung entwerfen, aber doch auf einige charakteristische Erscheinungen hindeuten. Man denke an die erfundenen diplomatischen Aktenstücke, die Beschlüsse oder beabsichtigten Maßregeln von Regierungen, durch deren Mitteilung niemand mehr als eben diese Regierungen überrascht zu werden pflegt, an die „Interviews,“ die niemals stattgefunden haben, und ähnliche Dinge mehr, die ihren Zweck, die Besitzer von Staatspapieren zu beunruhigen, pünktlich erfüllen. Man denke daran, daß oft mit der falschen Meldung gleichzeitig und von derselben Hand die Berichtigung verfaßt wird. Man übersehe auch nicht die segensreiche Thätigkeit litterarischer Büreaus, die gleichzeitig zwei, vier oder sechs Tages- oder Wochenblätter in verschiednen Gegenden mit „spannenden Originalerzählungen“ versorgen, und hundert

Grenzboten IV 1895

61